

# Carl Heinrich Becker und die Krise des Liberalismus in der Bildungspolitik der Weimarer Demokratie

*Sabine Mangold-Will*

„man soll in jedem Augenblick das eine tun und das andere nicht lassen“<sup>1</sup>

Nachdem der Jurist Erich Wende in den frühen fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts sein letztes Amt als politischer Beamter im Bundesinnenministerium niedergelegt hatte, kehrte er geistig zu den Anfängen seiner Karriere in der Bildungspolitik der Weimarer Republik zurück<sup>2</sup>: Dankbar erinnerte er sich an seinen Mentor, den Islamwissenschaftler und Kulturpolitiker Carl Heinrich Becker, dessen bis heute einzige und umfangreichste Biographie er 1959 veröffentlichte.<sup>3</sup> In ihr nahm Wende eine politische Klassifizierung Beckers vor, die sich seither im kollektiven Gedächtnis der Becker-Forschung festgesetzt hat: Auf ihn geht zum einen der Vergleich des Kulturpolitikers Becker mit Wilhelm von Humboldt zurück;<sup>4</sup> zum anderen war es Wende, der Becker eine Nähe zum parteipolitischen Liberalismus der Weimarer Republik unterstellte. Im Kapitel zu den „Politischen Anfängen“ findet sich die Formulierung, Becker habe stets „den deutschen Südwesten mit seinem liberalen Gewicht als seine politische Heimat bezeichnet“ und eine „seinem liberalen Empfinden“

---

1 Hans Heinrich Schaeder: Zum Entwurf einer orientalischen Kulturgeschichte. In: Weltpolitische Bildungsarbeit an Preußischen Hochschulen. Festschrift aus Anlaß des 50. Geburtstags des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Herrn Professors Dr. C. H. Becker. Berlin 1926, S. 100–114, hier S. 114.

2 Zu dem politisch wendigen Erich Wende (1884–1966) fehlt bisher jegliche Forschung. Dabei ist er durch seine erfolgreiche Karriere zwischen Weimarer Republik, NS-Staat und Bundesrepublik Deutschland einer der vielen unterschätzten Männer der zweiten Reihe, die prägend für die politische Kultur der zweiten Nachkriegszeit und frühen Bundesrepublik waren. Für die Wahrnehmung Beckers in der frühen Bundesrepublik ist Wende jedenfalls kaum zu unterschätzen. Vgl. vorläufig zu ihm <[https://de.wikipedia.org/wiki/Erich\\_Wende](https://de.wikipedia.org/wiki/Erich_Wende)> (12.1.2025). Becker selbst hatte Wende 1919 öffentlich als „Mitarbeiter“ und „Freund“ bezeichnet. Vgl. die Widmung in: Carl Heinrich Becker: Gedanken zur Hochschulreform. Leipzig 1919.

3 Erich Wende: C. H. Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik. Stuttgart 1959.

4 Ebd., S. 8.

entsprechende Entwicklung gesucht.<sup>5</sup> Ausdrücklich nannte er ihn an gleicher Stelle einen „Liberalen“ und „Individualisten“: Becker sei

„zur Demokratie nicht aus dem Lager des Sozialismus gekommen, sondern vom Liberalismus. Als Liberaler bekannte er sich nun auch politisch zu den Ideen der geistigen Freiheit und des Humanismus. [...] In ihr konnte der Individualist die Sicherung der geistigen Freiheit und die Förderung des Humanen in Erziehung und Bildung am besten geborgen glauben.“<sup>6</sup>

Diese Zuordnung gipfelte schließlich in der Formulierung: „Die ihm innerlich nächste Partei war die der Demokraten.“ Ja, Wende behauptete schließlich sogar, Becker habe 1925, als es „darum ging, seine zweite Ministerschaft auf die wieder an die Regierung gelangte Weimarer Koalition einzustellen [sic!]“, daran gedacht, „der demokratischen Partei beizutreten“.<sup>7</sup>

2007 stellten Stefan Melnik und Sascha Tamm im Namen der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Anthologie mit Texten liberaler Bildungstheoretiker und Bildungspolitikern zusammen. Doch in diesem „Lesebuch der liberalen Bildungspolitik“ sucht man Carl Heinrich Becker vergeblich.<sup>8</sup> Selbst Beckers jüngster Sohn, der 1913 geborene, in der Bonner Bundesrepublik als Bildungsforscher bekannte Hellmut Becker<sup>9</sup>, vermied es, seinen Vater nach 1945 als liberalen Vorzeigepolitiker auf dem Gebiet der Bildungspolitik zu inszenieren. Stattdessen wies er auf die Widersprüche in Beckers Liberalität hin.<sup>10</sup> In einem retrospektiven Interview über seine eigene geistige Entwicklung und Karriere bezeichnete er ihn schließlich nur noch

---

5 Ebd., S. 73.

6 Ebd., S. 74.

7 Ebd., S. 182. Gemeint ist die 1918 gegründete Deutsche Demokratische Partei (DDP), die Partei des politischen Linksliberalismus.

8 Stefan Melnik/Sascha Tamm (Hrsg.): *Lesebuch der liberalen Bildungspolitik*. Berlin 2007.

9 Vgl. Ulf Morgenstern: „Bildungsbecker“ und „Liberaler Feuerkopf“. Hellmut Becker (1913–1993). In: Ders./Kristina Michaelis (Hrsg.): *Kaufleute, Kosmopoliten, Kunstmäzene. Die Gelnhäuser Großbürgerfamilien Becker und Schöffers*. Hamburg 2013, S. 106–113.

10 Vgl. Hellmut Becker: *Portrait eines Kultusministers. Zum 100. Geburtstag von Carl Heinrich Becker* (12. April 1976). In: *Merkur* 30 (1976), H. 4, S. 365–376. In diesem älteren Aufsatz bezeichnete Hellmut Becker seinen Vater noch wiederholt als liberal, jedoch nie ohne ironische Brechung. Vgl. ebd., S. 369, wo er ihn einen „liberalen Politiker“ und „liberalen Professor“ nannte, aber auch auf Beckers Mittel des staatlichen „Oktroi“ hinwies. Ebd., S. 374 charakterisierte er ihn wiederum als „liberal, aber nicht ungebunden“ und mit einem „ausgeprägten Sinn für die Machtmittel des Staates“.

als einen „Neutralen, also einen Fachmann“, der stets Distanz zu den Parteien gewahrt habe.<sup>11</sup>

Wer über Liberalismus und Bildung, über liberale Bildungspolitik in der Demokratie der Weimarer Republik nachzudenken beginnt, kommt zweifellos nicht umhin, sich mit Carl Heinrich Becker zu beschäftigen.<sup>12</sup> Angesichts der einleitenden Beobachtung divergierender Zuschreibungen stellt sich aber die Frage, inwiefern Beckers Vorstellungen von Bildung und vor allem seine Bildungspolitik als preußischer Kultusminister in den mittleren Jahren der Weimarer Republik von 1925 bis 1930 konkret als liberal markiert werden können. Wo wiesen Beckers bildungspolitische Überlegungen und Entscheidungen inmitten einer allgemeinen „Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen“<sup>13</sup> liberale Züge auf oder wurden von liberalen Grundsätzen geprägt? Spiegeln sie wirklich die Position des politischen Liberalismus seiner Zeit, und welchen Widerhall fanden seine Positionen langfristig im Partei-Liberalismus? Taugt Becker gar als Ideengeber des gegenwärtigen Liberalismus, der in seiner parteipolitischen Variante in der Bundestagswahl 2025 in einer Wiederentdeckung des Individualismus plakatierte: „Vater Staat ist nicht Dein Erziehungsberechtigter“?

Zu Carl Heinrich Becker ist in den letzten drei Jahrzehnten viel geforscht worden. In Ergänzung der Wende-Biographie, der als Zeitzeuge den Kulturpolitiker der Weimarer Republik in den Mittelpunkt gestellt hatte, fand zunächst der Islamwissenschaftler Becker erhebliche Aufmerksamkeit. Im Gefolge von Edward Saids „Orientalism“ sind zahlreiche Untersuchungen erschienen, die den Orientalisten Becker im Zeitalter des Kolonialismus immer wieder neu akzentuierten.<sup>14</sup> Einen Ausschnitt Beckerscher Kulturpolitik, in der der Pro-

---

11 Hellmut Becker: *Aufklärung als Beruf. Gespräche über Bildung und Politik*. Hrsg. von Frithjof Hager. München 1992, S. 55, 57 und 58 f. Vgl. auch Becker: *Portrait* (wie Anm. 10), S. 374.

12 Zu denken gibt in diesem Zusammenhang, dass der Sammelband von Andreas Braune/Sebastian Elsbach/Ronny Noack (Hrsg.): *Bildung und Demokratie in der Weimarer Republik*. Stuttgart 2022 Carl Heinrich Becker kaum und wenn, dann nur sehr nebenbei erwähnt.

13 So der Titel des Buches von Rudolf von Thadden (Hrsg.): *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*. Göttingen 1978. Auch dieser Band kommt ohne Carl Heinrich Becker aus; weder als Liberaler, noch als Beleg für die Krise des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit wird er erwähnt.

14 Vgl. die Bemerkungen zu Becker bei Sabine Mangold: *Eine „weltbürgerliche Wissenschaft“. Die deutsche Orientalistik im 19. Jahrhundert*. Stuttgart 2004. Suzanne L. Marchand: *German Orientalism in the Age of Empire. Religion, Race, and Scholarship*. Cambridge 2009. Lisa Medrow: *Moderne Tradition und religiöse Wissenschaft. Islam, Wissenschaft und Moderne bei I. Goldziher, C. Snouck Hurgronje und C. H. Becker*. Paderborn 2018 – dort auch die umfangreiche jeweils ältere Aufsatzliteratur.

fessor für Orientalische Philologie Fachkompetenz und politische Zukunftsgestaltung eng verknüpfen konnte, nämlich seine Wissenschafts- und Hochschulpolitik seit dem Kaiserreich, hat Guido Müller in den Blick genommen.<sup>15</sup> Beckers kulturpolitisches Wirken in der Republik von Weimar als „Vernunftrepublikaner“ rückte 2012 auch das in Deutschland viel zu wenig rezipierte Buch von Béatrice Benniot in den Mittelpunkt.<sup>16</sup> Was aber trotz dieser intensiven Becker-Forschung noch immer fehlt, ist eine Untersuchung zu Becker als Ideengeber in der politischen Bildungsdebatte nach 1945; nicht einmal in den Studien zu seinem Sohn, dem Bildungspolitiker Hellmut Becker, spielt die Frage nach dem Vater als Inspiration bundesrepublikanischer Bildungspolitik eine vertiefte Rolle. Die Debatte um Pädophilie und Kindesmissbrauch in der Odenwaldschule hat in dieser Hinsicht immerhin deutlicher auf C.H. Beckers bildungspolitisches Engagement jenseits von Wissenschaft und Universitäten hingewiesen. Was in der unmittelbaren Nachkriegszeit der späten vierziger Jahre noch bekannt war – Beckers Einsatz für Volkshochschulen, Landschulheime und seine Verortung in der platonischen Tradition des pädagogischen Eros – muss(te) erst wiederentdeckt werden.<sup>17</sup>

---

Den Kulturhistoriker Becker präsentiert Giovanni Morrone: *Incontro di Civiltà. L'Islamwissenschaft di Carl Heinrich Becker*. Napoli 2006.

- 15 Guido Müller: *Weltpolitische Bildung und akademische Reform*. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908–1930. Köln/Wien 1991. Eine Verbindung zwischen dem Islamwissenschaftler und dem Kulturpolitiker stellen auch her: Cornelia Essner/Gerd Winkelhane: Carl Heinrich Becker (1876–1933). Orientalist und Kulturpolitiker. In: *Die Welt des Islams* 28 (1988), S. 154–177. Als öffentlichen Intellektuellen charakterisiert ihn Ulf Morgenstern: Zwischen Kolonialexpansion und Bildungsreform. Der öffentliche Intellektuelle Carl Heinrich Becker – eine Skizze. In: Martin Göllnitz/Kim Krämer (Hrsg.): *Hochschulen im öffentlichen Raum*. Göttingen 2020, S. 295–318.
- 16 Vgl. Béatrice Bonniot: *Homme de culture et républicain des raisons*. Carl Heinrich Becker, serviteur de l'Etat sous la République de Weimar (1918–1933), Frankfurt a. M. 2012. Ich verweise im Laufe meines Textes nur auf Passagen aus der Zusammenfassung in deutscher Sprache, in: ebd., S. 405–444. Französischsprachende Leser können die entsprechenden, jeweils ausführlicheren Passagen des Buches zu Rate ziehen. Bonniots Buch wurde nicht allein aus sprachlichen Gründen wenig rezipiert; es liegt auch an ihrer kritischen Sicht auf Becker, der bei ihr als viel politisch schillernder und insgesamt deutlich konservativer dargestellt wird, als in der Biographie von Wende. Vgl. zum Buch von Bonniot auch die wohlwollend-kritische Rezension von Ulf Morgenstern in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 2013* – Online-Rezensionen <<https://www.freiheit.org/sites/default/files/2019-10/online1-13morgenstern-bonniot.pdf>> (12.1.2025).
- 17 Vgl. die Beiträge in: Hans Heinrich Schaeder (Hrsg.): *Carl Heinrich Becker. Ein Gedenkbuch*. Göttingen 1950 sowie neuerdings Jens Brachmann: *Reformpädagogik zwischen Re-Education, Bildungsexpansion und Missbrauchsskandal*. Die Geschich-

Umfangreich, wenn auch für eine tiefergehende Untersuchung nicht ausreichend, ist auch das publizierte Quellenmaterial zu Becker als Kultusminister, auf das dieser Aufsatz zurückgreifen kann.<sup>18</sup> Im Zentrum werden im Folgenden vor allem die kleineren bildungspolitischen Beiträge Beckers stehen, die zwischen 1918 und 1933 erschienen sind. Denn aus ihnen lässt sich Beckers Selbstverortung am unmittelbarsten herauslesen. Sie enthalten indirekt auch die Positionen, gegen die Becker sich in der Weimarer Republik abgrenzte.

Aus ihnen geht zudem hervor, so meine These, dass der Bildungspolitiker Becker eine Entwicklung durchmachte, die mit den politischen Phasen der Weimarer Republik korrespondierte. Während Becker sein bildungspolitisches Engagement bei Kriegsende und in der revolutionären Nachkriegsphase noch eher mit kathedersozialistischen wie völkisch-kollektivistischen Parolen verband, traten seit der Mitte der Zwanziger Jahre (wieder) deutlicher als liberal zu kennzeichnende bildungspolitische Initiativen zutage, die sich aus seiner Kritik an der sich radikalisierenden, immer illiberaler werdenden deutschen Gesellschaft ergaben. Je mehr seine grundsätzlich freiheitlichen Ideen vom „aristokratischen Ich“<sup>19</sup> im Laufe der Weimarer Republik in Bedrängnis gerieten, umso deutlicher formulierte Becker seine Ablehnung kollektivistischer Erziehungsansätze.

Um den Zusammenhang zwischen Bildung und Liberalismus in der Weimarer Demokratie aus der Sicht Beckers auszuloten, gliedert sich dieser Aufsatz in vier Abschnitte:

1. Welchen Weg beschritt Becker in die Kulturpolitik und wie gestaltete sich sein Verhältnis zum Partei-Liberalismus?
2. Welche Position nahm Becker insgesamt zur Bildungspolitik ein? Welches Ziel sollte Bildungspolitik aus seiner Sicht haben? Gab es bei Becker Grenzen der Bildungspolitik, die auf einen staatskritischen liberalen Ansatz hinweisen?

---

te der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime 1947–2012. Bad Heilbrunn 2015, zu Hellmut Becker und seiner Beeinflussung durch den Vater bes. ebd., S. 164–206.

- 18 Guido Müller (Hrsg.): Internationale Wissenschaft und nationale Bildung. Ausgewählte Schriften. Köln 1997; Acta Borussica – Neue Folge. 2. Reihe: Preußen als Kulturstaat. Abteilung I: Das Preußische Kultusministerium als Staatsbehörde und gesellschaftliche Agentur (1817–1934), 3 Bände (jeweils Darstellung bzw. Fallstudien und Dokumente). Eine Auswahl der kaum überschaubaren Korrespondenz Beckers, die in seinem Nachlass und anderen Archiven zu finden ist, bietet <[www.carl-heinrich-becker.de](http://www.carl-heinrich-becker.de)> (12.1.2025).
- 19 Der Begriff aus: Carl Heinrich Becker: Das Problem der Bildung in der Kulturkrise der Gegenwart. Leipzig 1930, zitiert nach dem Wiederabdruck bei: Müller: Internationale Wissenschaft (wie Anm. 18), S. 406–422, hier S. 422.

3. Wie definierte Becker konkret sein Verhältnis zur Weimarer Republik und zur Bildungspolitik in der demokratischen Republik?
4. Der letzte Teil widmet sich einer bildungspolitisch bedeutsamen Entscheidung Beckers, die das Dilemma liberaler Bildungspolitik in der Demokratie augenfällig werden lässt: Beckers Umgang mit den Studentenschaften. An diesem Fall, der nicht unwesentlich zu seinem erzwungenen Rücktritt beitrug, lässt sich besonders gut ausloten, worin die Liberalität von Beckers Ideen bestand.

Ein systematischer Abgleich mit bildungspolitischen Äußerungen der Parteiliberalen der Weimarer Republik, in deren Nähe Becker gewöhnlich gerückt wird,<sup>20</sup> wie mit Reaktionen anderer Parteien auf Becker, ohne den im Grunde nicht abschließend zu sagen ist, ob Becker den Zeitgenossen als liberal galt und wie er auf den politischen Liberalismus wirkte, kann im Rahmen des vorliegenden Beitrags, der lediglich einen ersten Versuch, eine zu revidierende Momentaufnahme darstellt, nicht geleistet werden. Wenn Ulf Morgenstern in seiner Rezension zu Bonniots Buch über Becker bemerkte, der Kultusminister sei von Sozialdemokraten wie Konservativen gleichermaßen kritisiert worden<sup>21</sup>, steckt vielleicht genau in dieser Stellung Beckers zwischen den politischen Lagern der fundierteste (wenn auch erst zu konkretisierende) Beleg für die Liberalität Beckers, dem es weiter nachzuspüren gilt.

### *1. Beckers Weg in die Kulturpolitik und sein parteipolitisches Bekenntnis in der Weimarer Republik*

Über Beckers Weg in die Kulturpolitik existiert einschlägige Literatur, sodass an dieser Stelle eine grobe Skizze seines Wechsels aus der Wissenschaft in die Politik reicht: Nach einem Studium der Theologie und Orientalischen Philologie wurde Carl Heinrich Becker 1902 Privatdozent in Heidelberg, wo er u.a. mit Max und Alfred Weber sowie Ernst Troeltsch – die beiden letzteren nach 1918 Mitbegründer der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP)<sup>22</sup> – in engerem

---

20 Zur Geschichte der DDP vgl. Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen/Zürich 1973 (im Register kommt Becker nicht vor); Larry Eugene Jones: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918–1933. Chapel Hill 1988; und mit dem Fokus auf Preußen: Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933. Düsseldorf 1994.

21 Morgenstern: Rezension zu Bonriot, *Homme de culture* (wie Anm. 16).

22 Wie wenig Ernst Troeltsch und Alfred Weber Beckers politische Position jenseits der Parteien goutierten, wird aus einem Gespräch der beiden im Jahr 1920 deutlich. Vgl.

Kontakt stand, und auch den dortigen George-Kreis kennenlernte.<sup>23</sup> Schon im Vorfeld seiner Berufung nach Hamburg war er in die bildungspolitischen Debatten um eine zeitgemäße Hochschulgründung involviert. Nicht zufällig war er es, unter sämtlichen deutschen Orientalisten, der sich als passend für das schließlich gegründete Hamburger Kolonialinstitut erwies und dort eine gegenwartsbezogene, anwendungsorientierte und soziologisch inspirierte Islamwissenschaft etablierte.<sup>24</sup> Dennoch lockte Becker schließlich die Berufung auf einen traditionellen Universitätslehrstuhl 1913 nach Bonn. Da die einzige inhaltlich mit Hamburg vergleichbare Position in Preußen, die an das Berliner Ordinariat für Semitische Philologie gekoppelte Geschäftsführung des Seminars für Orientalische Sprachen, nicht vakant war, konnte der Ministerialdirektor der Unterrichtsabteilung (und Nachfolger des „allmächtigen“ Friedrich Althoff), Friedrich Schmidt-Ott, den wissenschafts- und hochschulpolitisch ambitionierten und versierten Islamwissenschaftler Becker nur für die Hauptstadt gewinnen, indem er ihn 1916 dem amtierenden Kultusminister August von Trott zu Solz als Personalreferenten der preußischen Universitäten vorschlug.<sup>25</sup>

Zu diesem Zeitpunkt herrschte schon seit zwei Jahren Krieg: ein Weltkrieg, in dem sich Carl Heinrich Becker von Anfang an politisch exponiert hatte<sup>26</sup>, indem er in der Debatte um die Ausrufung des Dschihads durch das Osmanische Reich klar Stellung bezog: Uneingeschränkt verteidigte Becker nicht nur das politische und militärische Bündnis mit der islamischen Vormacht und

---

Gangolf Hübinger: *Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte*. Göttingen 2006, S. 191 f.

- 23 Zu Heidelberg vgl. Wende: C. H. Becker (wie Anm. 3), S. 17–24; Müller: *Weltpolitische Bildung* (wie Anm. 15), S. 37–59. Zu Beckers Verbindungen zum George-Kreis vgl. Ulrich Raulff: *Kreis ohne Meister. Stefan Georges Nachleben*. München 2010, bes. S. 436–458, sowie Carola Groppe: *Neubeginn durch einen dritten Humanismus? Der preußische Kultusminister C. H. Becker und der George-Kreis in der Weimarer Republik*. In: *Castrum Peregrini* 49 (2000), S. 41–61.
- 24 Zu Hamburg vgl. Wende: C. H. Becker (wie Anm. 3), S. 25–35; Müller: *Weltpolitische Bildung* (wie Anm. 15), S. 60–81. Zum Kolonialinstitut vgl. Jens Ruppenthal: *Kolonialismus als „Wissenschaft und Technik“*. Das Hamburgische Kolonialinstitut 1908 bis 1919. Stuttgart 2007.
- 25 Zur Berufung ins Preußische Kultusministerium 1916 vgl. Wende: C. H. Becker (wie Anm. 3), S. 40–42. Müller: *Weltpolitische Bildung* (wie Anm. 15), S. 135–141. Vgl. auch Friedrich Schmidt-Ott: *Erlebtes und Erstrebtes. 1860–1950*. Wiesbaden 1952, S. 145 f.
- 26 Wende geht über Beckers Stellung zum Weltkrieg bezeichnenderweise fast wortlos hinweg; in den wenigen Sätzen, die er dazu schreibt, lässt er ihn als einen vorausschauenden Kritiker von Kriegführung und Kriegszielen erscheinen. Vgl. Wende: C. H. Becker (wie Anm. 3), S. 39 f. Vgl. dagegen zu Beckers „Kriegseinsatz“: Müller: *Weltpolitische Bildung* (wie Anm. 15), S. 104–134, sowie Bonriot: *Homme de culture* (wie Anm. 16), S. 410–413.



die Ausrufung des „Heiligen Kriegs“ gegen die Alliierten, sondern setzte sich zugleich für eine über den Krieg hinausweisende aktive deutsche Kulturpolitik im Osmanischen Reich ein, die sich besonders gegen Frankreich richtete.<sup>27</sup>

Beckers Loyalität zu Kaiser und Reich kann gar nicht deutlich genug betont werden.<sup>28</sup> Der Krieg und die Möglichkeiten, die er für Becker eröffnete, vertieften seine Bindung an das politische System ebenso wie die Integration in die gesellschaftliche Elite des monarchischen deutschen Kaiserreichs. Die einschneidende Erfahrung in Beckers Leben war nicht der Krieg selbst, sondern erst die Kriegsniederlage. Das unabweisbare Faktum, dass das Kaiserreich, in dem er groß und einflussreich geworden war, den Krieg verloren hatte, bedurfte einer Erklärung, die die Vergangenheit nicht restlos entwertete, aber auch nicht ohne Kritik an ihr auskam. Wenn damit zugleich eine erfolgreiche Transformation in das neue Deutschland unter revolutionären und sozialistischen, demokratischen und republikanischen Vorzeichen möglich sein würde – umso besser. Becker gelang das Ungewöhnliche: Er wurde zu einem Kritiker der kaiserzeitlichen Kultur-, Wissenschafts-, Hochschul- und Schulpolitik, ohne sich dezidiert vom Kaiserreich zu distanzieren. Vielmehr hielt er bei aller Reformbereitschaft ebenso deutlich Distanz zu einem wesentlichen Kennzeichen jeder parlamentarischen Demokratie: zu den Parteien als Ordnungsformen und Institutionen politischer Willensbildung. Becker trat nie einer der Parteien der Weimarer Republik bei. Sein Sohn formulierte rückblickend sogar: „Meinem Vater war im Grunde die Parteienwelt sehr fremd.“<sup>29</sup> Auch aus Sicht

---

27 Zu Becker in der internationalen Debatte zum Dschihad vgl. immer noch Peter Heine: C. Snouck Hurgronje versus C. H. Becker. Ein Beitrag zur Geschichte der angewandten Orientalistik. In: *Die Welt des Islam* 23/24 (1984), S. 378–387. Zur allgemeinen Einordnung des Dschihad-Aufrufs vgl. Erik-Jan Zürcher (Hrsg.): *Jihad and Islam in World War I. Studies on the Ottoman Jihad on the Centenary of Snouck Hurgronje's „Holy War Made in Germany“*. Leiden 2016. Zu Beckers proosmanischem und protürkischem Engagement während des Krieges wie in der Zwischenkriegszeit vgl. Müller: *Weltpolitische Bildung* (wie Anm. 15), S. 104–112, sowie Sabine Mangold-Will: *Begrenzte Freundschaft. Deutschland und die Türkei 1918–1933*. Göttingen 2013, bes. S. 262–264.

28 „... man kann doch von uns, die wir alle früher überzeugte Monarchisten waren, weil die Monarchie uns groß gemacht hat, nicht erwarten, daß wir uns für die Notlösung nach dem Zusammenbruch begeistern.“ Privataarchiv Michael Becker (Berlin), Becker an Wende, 15.3.1925, zitiert nach: Morgenstern: *Zwischen Kolonialexpansion und Bildungsreform* (wie Anm. 15), S. 297.

29 Becker: *Aufklärung als Beruf* (wie Anm. 11), S. 57. In der Literatur wird diese Haltung am deutlichsten markiert bei Ronald Lambrecht: *Exkurs: Carl Heinrich Becker als Kultuspolitiker in der Weimarer Republik*. In: Morgenstern/Michaelis: *Kaufleute* (wie Anm. 9), S. 82–85, bes. 83. Ähnlich kritisch auch Bonriot: *Homme de culture* (wie Anm. 16), S. 426–429.



der preußischen DDP konnte Becker daher „als demokratischer Minister nicht anerkannt werden“. Man achtete ihn als liberal Gesinnten, und registrierte seinen Rücktritt 1930 deswegen durchaus als liberale Niederlage; aber in der Koalitionsarithmetik zählte er, wenn es um Verhandlungen mit SPD und Zentrum ging, nicht als Liberaler.<sup>30</sup>

Becker kaschierte seine Skepsis gegenüber den Parteien, indem er sich in seine vielleicht berühmteste Formulierung flüchtete: Er stehe zur „Partei der Bildung“<sup>31</sup>. Der preußische Kultusminister zog sich also auf die Position des parteilosen und in diesem Sinne neutralen, sachbezogenen Experten zurück. Einer Wahl durch den Souverän – das Volk – stellte sich Becker zeitlebens nie. Darin enthalten war eine – auch bei Becker nicht zu übersehende – Kritik an der vermeintlichen Unsachlichkeit der Parteiendiskussion in der parlamentarischen Demokratie. Indem Becker indes – soweit ersichtlich – seine politische Gesprächsbereitschaft bis 1930 nur auf die preußischen Regierungsparteien SPD, Zentrum, DDP und Deutsche Volkspartei (DVP) ausdehnte, vermied er es, mit offen systemkritischen, antirepublikanischen Parteien zusammenzuarbeiten. Sein Wort von der „Partei der Bildung“ entsprach Beckers Vorbehalt gegen eine parteipolitische Markierung von Bildung – sowohl Bildungsinhalten wie bildungspolitischen Entscheidungen; es bot ihm zugleich die Möglichkeit, seinem Willen zur Synthese<sup>32</sup> auch auf dem Gebiet der Bildung nachzugehen und sozialistischen, liberalen, nationalen wie konservativen Erwartungen zu entsprechen. In diesem Sinne kann der Einwurf seines Sohnes verstanden werden, die „stark rechtslastige Richertsche Schulreform“ von 1924/25 habe Beckers Zustimmung gefunden, gerade „weil sie eine merkwürdige Mischung aus konservativer und liberaler Reform war“.<sup>33</sup>

30 Vgl. dazu Stang: Die Deutsche Demokratische Partei (wie Anm. 20), S. 272–276 zur Situation 1921 und S. 313–321 zur Verdrängung Beckers aus dem Ministeramt. Das vorstehende Zitat ist entnommen: Protokoll der DDP-Fraktionssitzung v. 31.10.1921, in: Bundesarchiv Koblenz, R 45/III 64, Bl. 148–150, zitiert nach: ebd., S. 274.

31 Zum Schlagwort vgl. Leopold Schwarzschild: Die Partei der Bildung und Preußens Kultusminister. In: Das Tagebuch 10 (1929), H. 23, S. 934–938. Becker nahm den Begriff nach seinem Rücktritt bei einem Auftritt in Davos, während der Davoser Hochschulkurse von 1931, wieder auf. Vgl. Adolf Reichwein: C. H. Becker. Siegelbewahrer des Humanen. In: Der Lesezirkel. Blätter für Literatur, Jg. 18, Zürich 1931, S. 97–102, Wiederabdruck in: Schaeder: Gedenkbuch (wie Anm. 17), S. 5–17, hier S. 7.

32 Zu Beckers synthetischem Denken in der Wissenschaft vgl. Mangold: Eine weltbürgerliche Wissenschaft (wie Anm. 14), S. 255 f. Becker selbst spricht davon, der „Wille zur Synthese“ müsse „wieder erwachen“. Vgl. Becker: Gedanken zur Hochschulreform (wie Anm. 2), S. 8.

33 Becker: Aufklärung als Beruf (wie Anm. 11), S. 55. Hans Richert (1869–1940), Mitglied in der DVP, war seit 1923 Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium. Die von ihm inspirierte preußische Schulreform von 1924/25 – Minister war zu dieser

## 2. Becker und die Legitimierung staatlicher Bildungspolitik

Um zu verstehen, warum Carl Heinrich Becker seine Arbeit im preußischen Kultusministerium über das Ende des Kaiserreiches hinweg fortsetzte und sich vehement für bildungspolitische Änderungen in der neuen Republik einsetzte, muss noch einmal ein vertiefter Blick auf seine Umbruchserfahrung in den Monaten der Revolution geworfen werden. Der Verlust des Krieges und der Zusammenbruch der Monarchie wurde für Becker, wie für die meisten Deutschen seiner Generation, zu einer erschütternden Erfahrung. Bürgerliche Herkunft, preußisches Amt und national-liberale Einstellung machten es ihm unmöglich, sich der Revolution anzuschließen. Ja, er fürchtete geradezu deren Einseitigkeit. Da das monarchische Kaiserreich sich indes ausweislich des Kriegsausganges als funktionsunfähig erwiesen hatte, suchte Becker selbstkritisch nach Fehlern, die es nunmehr zu korrigieren galt. Wie es für Beckers synthetisches Denken charakteristisch war, lehnte er den revolutionären Bruch ab, war aber für konkrete Reformen, z. B. der Universitätsstrukturen, von denen er bisher selbst profitiert hatte, offen.<sup>34</sup> Das ermöglichte ihm, an den Grundzügen preußischer Bildungspolitik festzuhalten, die er seit 1916 mitgestaltet hatte, und dennoch Veränderungen einzufordern.

Für Becker bedurfte es keiner ausdrücklichen prinzipiellen Legitimierung von Bildungspolitik. Für den verbeamteten preußischen Universitätsprofessor für Islamwissenschaft und Hochschulreferenten im preußischen Kultusministerium war Preußen der Staat, der „von Anfang an ein großes Erziehungsinstitut gewesen“<sup>35</sup> sei. Zweifel an der Erziehungsberechtigung des Staates findet sich bei ihm also gerade nicht. Für den Preußen Becker war der Staat in der Tradition der preußischen Reformer, zumal Wilhelm von Humboldts, gar nicht anders denkbar denn als ein starker, aber zugleich neutral-liberaler Staat,

---

Zeit Otto Boelitz (DVP), Becker war Staatssekretär – bewirkte die Gründung sogenannter „Deutscher Oberschulen“, die zum Abitur führten, aber gegenüber dem humanistischen Gymnasium weniger Wert auf altsprachliche Bildung legten. Aus diesen Oberschulen gingen vor allem die späteren Studenten von Beckers Pädagogischen Akademien hervor. Zudem teilten Becker und Richert die Idee einer grundständigen Einheitsschule. Inwiefern C. H. Becker selbst die Richertsche Schulreform wirklich als „stark rechtslastig“ wahrgenommen hat, muss offenbleiben. Mir scheint diese Bewertung allein eine retrospektive Zuschreibung durch Beckers Sohn zu sein.

34 So ist – jedenfalls in meiner Lesart – das Motto zu verstehen, das diesem Artikel vorangestellt ist, auch wenn es nicht nachweislich von Becker stammte, sondern ihm von seinem orientalistischen Meisterschüler Hans Heinrich Schaefer – der kein Liberaler war – in den Mund gelegt worden ist.

35 Carl Heinrich Becker: Die Pädagogische Akademie im Aufbau unseres nationalen Bildungswesens. Leipzig 1926, S. 9.

der selbst nicht durch seine Bildungspolitik zur Gefährdung von Bildungsräumen und Bildungsinhalten werden könnte. Dabei erahnte Becker als Zeitgenosse der Revolution sehr wohl die Möglichkeit eines Abgleitens des Staates in die Diktatur: Die erfolgreiche sozialistische Revolte hätte aus seiner Sicht genau diese Auslieferung des Staates an eine einzige weltanschaulich illiberale Partei bedeutet, die er fürchtete und die es – nicht zuletzt durch eine die Massen bildende Bildungspolitik – zu verhindern galt. Insofern bewegte sich Becker unverändert in der Idee des idealen preußischen Bildungsstaates, der nicht nur durch überkonfessionelle und überparteiliche Bildungspolitik das Abgleiten des neutral gedachten Staates in eine Partei-Diktatur verhinderte, sondern der genau deswegen auch Bildungspolitik betreiben durfte, ja musste, um zu bleiben, was er war. Nicht ob der Staat weiterhin Bildung zu steuern habe, sondern wie und zu welchem Zweck er das tun solle, war demnach für den Bildungspolitiker Becker im Übergang vom Kaiserreich zur Republik wie im Laufe der Republik die Frage.

## 2.1 Ziel Beckerscher Bildungspolitik: deutsche Einheitskultur für ein deutsches Einheitsvolk

Ausgehend von seiner staatsbejahenden Grundhaltung hatte Becker während des Krieges zu keiner Zeit an der Legitimität des deutschen Nationalstaates, seiner Großmachtstellung und seiner Kriegsziele gezweifelt. Der militärisch, wirtschaftlich und kulturell einflussreiche, in seinen Worten „starke“ Nationalstaat, der sich im internationalen Kontext als konkurrenzfähig erwies, blieb auch nach 1918 seine Maxime. Ja mehr noch: Wie Anne Nagel bereits 2012 pointiert festgestellt hat, war Becker während des Krieges, „wie viele Intellektuelle seiner Zeit vom Erlebnis der ‚Volksgemeinschaft‘ enthusiastisiert, was sein Denken in den folgenden Jahren nachdrücklich beeinflussen sollte.“<sup>36</sup> Die Krise des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit nahm hier ihren Ausgangspunkt; oder vielleicht muss man es ganz anders formulieren: Für einen Nationalliberalen oder Liberalkonservativen des Kaiserreichs – wie Becker einer war<sup>37</sup> – offenbarte sich erst in der parlamentarischen Parteien-Demokratie das wahre Dilemma zwischen Individuum und Masse.

---

36 Anne C. Nagel: Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945. Frankfurt a. M. 2012, S. 28.

37 Vgl. Müller: Weltpolitische Bildung (wie Anm. 15), S. 14, wo er die Frage formuliert, ob Becker ähnlich wie Thomas Mann „in die Kategorie des liberal-konservativen „unpolitischen Deutschen“ fiel, sowie ebd., S. 50, wo er Becker für 1911 als „Vertreter

Da die junge Republik der Nachkriegszeit weder über militärische, noch wirtschaftliche Macht mehr verfügte, setzte Becker auf die Köpfe der Deutschen, deren „geistige Kräfte“ ersetzen sollten, was der Staat an physischen verloren hatte.<sup>38</sup> Die geistigen Werte der Deutschen im territorial verkleinerten Staat galten ihm – darin wusste er sich mit einem breiten politischen (Partei-)Spektrum von Sozialdemokraten bis Konservativen, von Republikanern bis Republikgegnern einig – als die einzige national wie international noch relevante Ressource zum politischen Wiederaufstieg. Bildungspolitische Entscheidungen blieben damit argumentativ jedoch auch bei Becker, darin eher Fichte folgend, zuerst auf Volk und Staat, und eben nicht, wie bei Humboldt, auf das Individuum bezogen.

Das ist umso bemerkenswerter, weil sich Beckers Entdeckung der Volksgemeinschaft mit einer aus heutiger Sicht durchaus überraschenden Kritik am Kaiserreich verband: Um Beckers Einverständnis mit den volkspädagogischen und staatstragenden Ansätzen sozialistischer wie konservativer Bildungspolitik zu verstehen, bedarf es eines Blicks auf seine selbstvergewissernde Analyse der kaiserzeitlichen Bildungspolitik. Im Rückblick, nämlich inmitten der revolutionären Gefährdung Deutschlands, erschien Becker – in ironischem Gegensatz zum heute verbreiteten Bild eines autoritären Kaiserreichs – ausgerechnet ein Übermaß an Selbstentfaltungsmöglichkeiten und zwar des Einzelnen wie der Länder die Ursache für die Niederlage im Krieg zu sein. Der „Ultra-Individualismus unseres Volkscharakters“<sup>39</sup> und der daraus abgeleitete „Stammespartikularismus“<sup>40</sup> waren für ihn die negativen Kennzeichen der Deutschen des Kaiserreiches und die Gründe für den Zusammenbruch dieses „gewaltige(n), historische(n) Gebilde(s)“<sup>41</sup>. In seinen beiden Grundsatztexten von 1919, „Kulturpolitische Aufgaben des Reiches“ und „Gedanken zur Hochschulreform“, wimmelt es von Formulierungen, die Beckers nachträgliche Skepsis gegenüber dem bürgerlichen Individualismus und dem föderalen Partikularismus des Kaiserreichs aufscheinen lassen. Der von Anne Nagel diagnostizierte Enthusiasmus für die Volksgemeinschaft des Krieges veranlasste Becker zu

---

einer nationalliberalen, idealistischen und machtpolitisch orientierten äußeren Kulturpolitik“ bezeichnet.

38 „Der Staat muss durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat“, soll der preußische König Friedrich Wilhelm III. 1807 angesichts der Niederlage gegen Napoleon und der Idee einer neuen Landesuniversität in Berlin gesagt haben. Vgl. Adolf Bardeleben: Rede zur Gedächtnis-Feier der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin gehalten am 3. August 1877. Berlin 1877, S. 10.

39 Carl Heinrich Becker: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches. Leipzig 1919, S. 5.

40 Ebd.

41 Ebd.

dem Aphorismus: „Partikularismus ist ja nichts anderes als auf das Gemeinschaftsleben übertragener Individualismus. Der Deutsche ist Individualist mit allen Licht- und Schattenseiten dieser Anlage. Originale und Querköpfe sind bei uns mehr Regel als Ausnahmen. Wir haben eine wahre Angst vor allem Überindividuellen.“<sup>42</sup> Den „neue(n) deutsche(n) Mensch(en)“ der Nachkriegszeit imaginierte er deswegen als „Gemeinschaftsmensch“, in dem die Sehnsucht nach „Bindung lebendig ist, in dem eine starke Religiosität pulsiert“, kurz als einen „junge(n) Mensch(en) sozialer Gesinnung!“<sup>43</sup>

Aus einem angeblichen Übermaß an Individualismus während des Kaiserreiches zog Becker demnach die Konsequenz, der „neue Mensch“ habe sich gerade in der Demokratie im Opfersinn für das Kollektiv des neuen Staates zu bewähren. Das ist die Fortsetzung der Frontgemeinschaft als Volksgemeinschaft; und es erinnert zudem an die kathedersozialistischen Ideen Oswald Spenglers, wie er sie in seinem Grundsatzwerk „Preußentum und Sozialismus“ zu Beginn der Weimarer Republik formuliert hatte.<sup>44</sup>

Geradezu ironisch ist es angesichts dieser Anpassungsleistung an die neuen politischen Gegebenheiten, dass ausgerechnet Beckers Nachfolger im Ministeramt, der Sozialdemokrat Adolf Grimme, Becker kurz vor seinem Rücktritt 1930 scharf abwertend just als „letzte(n) Repräsentant(en) einer individualistischen Geisteshaltung auf der politischen Bühne“<sup>45</sup> bezeichnete. Das verweist darauf, wie sehr Beckers Sprechen einerseits strategisch darauf angelegt war, sich im neuen Deutschland zurechtzufinden; andererseits kann es aber als

---

42 Becker: Gedanken zur Hochschulreform (wie Anm. 2), S. 2.

43 Carl Heinrich Becker: Preußisch-deutsche Kulturpolitik seit der Staatsumwälzung (1928). In: Müller: Internationale Wissenschaft (wie Anm. 18), S. 367–383, hier S. 374. Weitere Gedanken zu Beckers Menschenbild, seinem Sprechen vom gotischen Menschen, seine Begeisterung für Goethes Faust, seine Forderung nach Religion und der Würdigung des Irrationalen können hier nicht folgen. Beckers Sinn für den abgründigen Menschen muss indes immer mitgedacht werden.

44 Vgl. Oswald Spengler: Preußentum und Sozialismus. München 1919. Soweit ich die Becker-Literatur überblicke, gibt es keine besondere Untersuchung zum Verhältnis Becker/Spengler. Als Autorin des Aufsatzes: Carl Heinrich Becker und seine These vom orientalischem-abendländischen Kulturkreis. Ein Orientalist und die Grenzen Europas. In: Sabine Pentz u.a. (Hrsg.): Europas Grenzen. St. Ingbert 2006, S. 157–170 ist mir aber wenigstens ein Aufsatz Beckers über Spengler in Erinnerung: Carl Heinrich Becker: Spenglers Magische Kultur. Ein Vortrag. In: Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft 77 (1923), S. 255–271. Becker hat demnach Spengler intensiv rezipiert und war, wenn auch nicht ausnahmslos zustimmend, sehr wohl von ihm beeinflusst. Zu Beckers Rezeption von Spengler vgl. auch seinen Brief an Harro Siegel aus Gelnhausen v. 27.7.1922; Nr. 162 unter <[www.carl-heinrich-becker.de](http://www.carl-heinrich-becker.de)> (12.1.2025).

45 Zitiert nach Müller: Weltpolitische Bildung (wie Anm. 15), S. 14, wo Müller nicht nur die Herkunft des Zitats genau aufschlüsselt, sondern auch historisch kontextualisiert.

Beleg für seine Liberalität gelesen werden, wenn ihm ausgerechnet von links attestiert wurde, in der individualistischen Tradition zu stehen, die er selbst öffentlich kritisierte. Becker hatte sich – so darf man schließen – persönlich nicht von einem liberalen Menschenbild entfernt, meinte aber, die Kritik daran in der Republik vertreten zu müssen. Damit verstärkte er dennoch diskursiv die Abwertung des urliberalen Strebens nach Selbstentfaltung des Individuums auf der Suche nach Glück jenseits irgendeines Kollektivs.

Da er in seiner liberal-konservativen Skepsis gegen den Demos der Selbstbestimmungsfähigkeit der Masse nicht recht traute, formulierte er nach 1918 ein festes überindividuelles Ziel seiner Bildungspolitik, deren Zweck nicht in der Entfaltung und Selbstbestimmung des Einzelnen, sondern im politischen Wiederaufstieg Deutschlands lag. Beckers Bildungsideal war die „deutsche Einheitskultur“<sup>46</sup>, der er alles andere nachordnete: „Unser ganzes Erziehungs- und Bildungsproblem muss unter diesen Gedanken gestellt werden. Alle die Faktoren, die dem Einheitsgedanken des Volkes dienen, müssen betont und gepflegt werden.“<sup>47</sup> Daraus leitete er konsequent die Forderung nach „Einheitsbildung“<sup>48</sup> in den Schulen der Weimarer Republik ab – und damit waren eben gerade nicht primär einheitliche Wissensstandards, sondern nationales, ja völkisches Zusammengehörigkeitsgefühl als Bildungsziel gemeint. Denn Becker dachte dabei nicht nur an die Staatsbürger der Deutschen Republik, sondern darüber hinaus an die ganze deutsche Kulturnation – also auch an die Deutschen, die nicht mehr oder noch nicht Teil des Deutschen Reiches waren.

Dazu passt, dass Becker noch lieber als der preußische, der deutsche Kultusminister geworden wäre. Vehement setzte Becker sich für eine Zentralisierung der Kultur- und Bildungspolitik im Reich ein, wobei er die konkrete Organisation in einem Reichskulturministerium oder einem Reichskulturamt strategisch offenließ.<sup>49</sup> Mit Verve polemisierte er 1919 gegen die „Stammespartikularismen“ im Reich, als wären die Bayern, Mecklenburger oder Sachsen nichts

---

46 Vgl. Kapitel 4 „Wege zur deutschen Einheitskultur“. In: Becker: Kulturpolitische Aufgabe des Reiches (wie Anm. 39), S. 45–58. Beckers Sehnsucht nach „Einheitskultur“ des deutschen Kulturvolkes war nach außen nicht revisionistisch gemeint; nach innen allerdings zielte sie auf eine höchst problematische politische Homogenisierung ab. Retrospektiv gespenstig liest sich der Satz „So führt die Pflege des Volksgedankens zur Überbrückung innerpolitischer Gegensätze.“ Ebd., S. 48.

47 Vgl. das Kapitel „Die Notwendigkeit einer deutschen Einheitsbildung“. In: Becker: Die Pädagogische Akademie (wie Anm. 35), S. 9–12. Ähnlich auch die Darstellung bei Bonriot: *Homme de culture* (wie Anm. 16), S. 419 f. sowie S. 424 f., wo zusätzlich auf Beckers Haltung zum politischen „Führer“ eingegangen wird.

48 Becker: Kulturpolitische Aufgabe des Reiches (wie Anm. 39), S. 5.

49 Zu Beckers Denkschrift „Kulturpolitische Aufgaben des Reiches“ und der Reaktion darauf vgl. „Ein Reichskulturamt“. In: Gangolf Hübinger (Hrsg.): Ernst Troeltsch.

Anderes als einer der arabischen Stämme des Hedschaz, über die Becker als Semitischer Philologe und Islamwissenschaftler bestens informiert war. Indes stand diese Orientierung auf die Reichseinheit durchaus in der Tradition des vormärzlichen Liberalismus, auch wenn sie sich in ihrem Vokabular kaum vom nationalistischen Frust des abgedankten Kaisers Wilhelm II. im Doorner Exil unterschied.<sup>50</sup>

## 2.2 Beckers bildungspolitische Skepsis

Becker war sich allerdings der Illusionen und Gefahren, die sich nicht nur mit seiner, sondern mit jeder Bildungspolitik verbanden, sehr bewusst – zumal, wenn sie so dezidiert wie seine auf die Erziehung des Volkes zum „Bewußtsein unserer selbst als Volk“<sup>51</sup> abzielte. Offenkundig wurde Beckers Liberalität nicht in seinen Zielen, sondern in seinen Methoden, mit denen er die Ziele zu erreichen suchte. Dabei machte er sehr wohl einen Lernprozess durch, den es wenigstens kurz zu skizzieren gilt.

Im Moment höchster Anspannung, im Umfeld der Verfassungsdebatten, hatte Becker sich 1919 zu dem Satz hinreißen lassen, es reiche nicht, Ideale zu haben, sondern es käme in der aktuellen Situation darauf an, diese Ideale – gemeint waren seine Ideen einer „höheren Einheit“ des „zerrissenen Volkes“ – „mit dem kulturpolitischen vielgestaltigen Apparat bewußt dem deutschen Volke als Lebensideale einzuhammern“.<sup>52</sup> Doch schon in diesen Anfall volkspädagogischer Radikalität mischte sich Beckers Skepsis: „Ein Kulturkampf aber muß unter allen Umständen vermieden werden.“<sup>53</sup> Grundsätzlich habe man sich mit der „Fortdauer der alten Mannigfaltigkeit“ sowie dem Fortbe-

---

Kritische Gesamtausgabe, Bd. 15: Schriften zur Politik und Kulturphilosophie 1918–1923. Berlin 2002, S. 101–107.

50 Ausweislich des Tagebuchs seines Leibarztes im niederländischen Exil klagte Wilhelm II., ein „Einheitsstaat“ sei bis 1918 „nicht möglich gewesen. Der Deutsche sei in erster Linie immer Sachse, Bayer, Württemberger gewesen, erst in zweiter Linie Deutscher.“ In dieser Hinsicht gelang es Wilhelm II. sogar, „dem jetzigen Umsturz“ etwas Gutes abzugewinnen: Vielleicht würde es nun zu einem „Einheitsstaat“ kommen und „der Gedanke, in erster Linie Deutscher zu sein, dem Volks- und Bürgertum aufgehen“. Vgl. Sabine Mangold-Will (Hrsg.): Wilhelm II. im Exil. Das „Holländische Tagebuch“ des Leibarztes der Hohenzollern Dr. Alfred Haehner 1919–1924. Berlin 2024, Eintrag vom 12.II.1919, S. 84.

51 Becker: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches (wie Anm. 39), S. 46.

52 Ebd., S. 58.

53 Ebd., S. 36.



stehen unterschiedlicher „Weltanschauung und Parteidoktrin“ „abzufinden“.<sup>54</sup> Insbesondere gegenüber den einzelstaatlichen Einheiten mahnte er in der politischen Praxis ein konsensuales Vorgehen an: Ausdrücklich setzte er nicht auf „Gesetzgebung, sondern Vereinbarung“: Für die nächsten Jahre und Jahrzehnte, so schrieb er 1919, „wirke man aber nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen mit der dabei häufig unvermeidlichen Majorisierung, sondern durch gütliche Überredung“.<sup>55</sup> Diese Einsicht reifte auch im Hinblick auf pädagogische wie staatsbürgerliche Erziehungsmethoden. 1930 mahnte er, sich gegenüber 1919 geradezu selbst korrigierend:

„Ideale sind überhaupt nicht in den Menschen hineinzufüllen und hineinzubilden, sondern aus ihm herauszuentwickeln. Der charakteristische Unterschied zwischen der alten und der neuen Pädagogik ist ja gerade der, daß wir den jugendlichen Menschen nicht formen und gestalten nach einem uns vorschwebenden Bilde, und möge es noch so hoch und herrlich erscheinen.“<sup>56</sup>

Entsprechend skeptisch blieb Becker auch gegenüber einer staatsbürgerlichen Gesinnungspolitik jeglicher Couleur. Erich Wende zitierte Becker, er lehne es ab, „republikanische Gesinnungsmacherei mit drakonischen Methoden zu betreiben“. Es müsse nicht immer „die Weimarer Verfassung verherrlicht werden – das ist ein pädagogischer Unsinn –, sondern die Erziehung zur Selbstverantwortung. Der republikanische Gedanke darf nicht von außen, vom Zwang der Verfassung her, sondern er muss von innen her, vom neuen Zeitgeist der Jugend nahe gebracht werden.“<sup>57</sup>

Je länger Becker politisch aktiv blieb, umso deutlicher wurde ihm die Gefahr, die in seinem Sprechen vom Volk, dazu noch vom Kulturvolk, lag: Die „Bewußtwerdung des Volkstums“, schrieb er selbstkritisch 1926, „barg neben dem großen Gewinn der Entdeckung des Auslandsdeutschtums die Gefahr in sich, die jeder ‚völkischen‘ Ideologie mit ihrer Kampfstellung gegen das Nichtvölkische, mit ihrem nur zu leicht sektiererischen Rassenpurismus naturgemäß innewohnt.“<sup>58</sup> Zu diesem Zeitpunkt kämpfte der preußische Kultusminister Becker gerade gegen die antisemitischen preußischen Studentenschaften und hatte bitter gelernt, wie sehr sein integrativ gemeintes Ziel eines „Einheitsvolkes“ missverstanden, ja missbraucht werden konnte, um ganz kon-

---

54 Ebd.

55 Ebd., S. 31 f.

56 Carl Heinrich Becker: Das Problem der Bildung in der Kulturkrise der Gegenwart (1930). In: Müller: Internationale Wissenschaft (wie Anm. 18), S. 421.

57 Erich Wende: Der Kulturpolitiker (1933/1947). In: Schaeder: Gedenkbuch (wie Anm. 17), S. 18–63, hier S. 20 f.

58 Becker: Die Pädagogische Akademien (wie Anm. 35), S. 10.

kret die Deutschen jüdischen Glaubens aus der Nation auszuschließen.<sup>59</sup> Oder anders formuliert: Beckers Einsicht in das aus seiner Sicht Notwendige teilten die Studenten nicht; der „Zeitgeist der Jugend“ wies ganz woanders hin.

### 3. Becker und die Republik

Erst der Kampf mit den Studentenschaften machte Becker richtig bewusst, dass der Erhalt des „aristokratischen Ichs“ und „aristokratischer Wissenschaft“ – also letztlich seine eigene persönliche Existenz – in der Massengesellschaft der Demokratie nur zu erhalten war, wenn jeder Einzelne an Deutschland nicht nur als abstrakter, sondern auch gelebter Staatsidee festhielt. Während Becker 1919 noch davon ausging, er könne seine Loyalität zu „Deutschland“ gewissermaßen neutralisieren, indem er sie an keinen bestimmten Staatsbegriff band,<sup>60</sup> wuchs seit Mitte der zwanziger Jahre, also parallel zu seiner Ämterverantwortung, seine Bereitschaft immer stärker, seine „undrakonische“ Volkspädagogik dezidiert in den Dienst des *konkreten* deutschen Staates, also des demokratischen Preußens und der Weimarer Republik insgesamt, zu stellen. Eine „richtig verstandene Pflege des republikanischen Staatsgedankens“ habe Becker vorbehaltlos als „Aufgabe eines republikanischen Bildungsministers“ anerkannt, so urteilt Wende.<sup>61</sup>

Damit verbunden war just im Moment der bereits skizzierten Skepsis gegen autoritäre Erziehungsmethoden Beckers Bereitschaft zum praktischen Durchgreifen zugunsten der republikanischen Gesinnung. Ironischerweise zeichnete ihn in der Demokratie, der es an Demokraten mangelte, genau diese Bereitschaft eben doch zum *Kulturkampf* rückblickend als liberal aus. 1930 entschloss sich Becker zu einer politischen Grundsatzentscheidung im Sinne der Weimarer Verfassung. Nach einem langen Ringen mit den preußischen Studentenschaften hob er ihre staatliche Anerkennung auf, weil sie darauf bestanden, keine Juden in ihren Reihen zuzulassen; weiter bestehen durften sie aber.

Auch in den Momenten, in denen Becker sich unter Inkaufnahme eigener Unpopularität zu Schwarz-Rot-Gold bekannte, hatte er politisch das Überleben und Wiedererstarken des deutschen Staates im internationalen Vergleich im Auge. Wohl war er, wie so viele bildungsbürgerliche Protagonisten der Weimarer Republik, ursprünglich kein Herzensrepublikaner gewesen. Auch er sei,

---

59 Siehe dazu unten Kap. 4.

60 Becker: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches (wie Anm. 39), S. 46.

61 Wende: Der Kulturpolitiker (wie Anm. 57), S. 21.

so zitiert Erich Wende ihn in einem frühen biographischen Versuch, „kein Republikaner aus Leidenschaft, sondern aus Vernunft“.<sup>62</sup> Aber Becker sah doch die Notwendigkeit, die „Notlösung“<sup>63</sup> einen Erfolg werden zu lassen; schon allein, weil ihm die Existenz des Einzelnen, die von ihm als „aristokratisch“ tituiert wurde, in der existierenden Demokratie von Weimar vergleichsweise am besten gesichert schien. Insofern wurde Beckers Bekenntnis zur Verfassung von Weimar tatsächlich immer grundsätzlicher: Je deutlicher er das „Martyrium“ der Verteidiger der Republik, insbesondere der seiner Aufsicht unterstehenden republikanischen Lehrer und Hochschullehrer beobachtete (zu denen er selbst gehörte), desto deutlicher fiel auch seine Bereitschaft zu einer inneren Wehrhaftigkeit aus.

Es wäre indes eine Überzeichnung, Becker deswegen als radikaldemokratisch wahrzunehmen. Denn er beklagte nicht nur immer wieder den politischen Massenmarkt, sondern wusste auch um die Gefahr demokratischer Nivellierung gerade in der Bildungspolitik. In einer Rede von 1928 verpflichtete er vielmehr den Einzelnen und die Demokratie wechselseitig aufeinander: Es gebe – rief er dem Individuum zu – eine „intranaturale Verantwortlichkeit des Einzelnen vor sich selber, wie vor der Gemeinschaft“. Die Demokratie wiederum wisse, „so gut wie alle Ideologien, daß es einen Unterschied gibt in den Begabungen und einen Unterschied in den Ausbildungen. Sie werden nie verschwinden, so lange es Menschen gibt.“ Echt republikanischer Geist sei es daher, „in der Theorie und der Willensbildung“ auf das Verschwinden des „Unterschieds zwischen den Klassen und den Zufälligkeiten der Geburt“ hinzuarbeiten. Also nicht gleiche, womöglich auch noch vereinfachte Bildung für alle, sondern Ermöglichung höherer Bildung für so viele Begabte wie möglich.<sup>64</sup>

#### 4. Das Dilemma des Liberalismus: Becker und die Studentenschaften

Eine umfängliche Darstellung hätte an dieser Stelle die Frage zu beantworten, wie Becker genau diese Ermöglichung von Bildung für so viele Begabte wie möglich umsetzen wollte. Diese Beschreibung muss einer anderen Arbeit vorbehalten bleiben.<sup>65</sup> An dieser Stelle geht es abschließend darum, den bereits er-

---

62 Ebd., S. 20.

63 Ebd.

64 Becker: Preußisch-deutsche Kulturpolitik (wie Anm. 43), S. 369.

65 Soweit ich es überblicke, fehlt insgesamt eine systematische Untersuchung der bildungspolitischen Entscheidungen Beckers jenseits seiner Wissenschafts- und Hochschulpolitik abgesehen von Wende: C. H. Becker (wie Anm. 3). Entweder muss man seine konkreten Entscheidungen in allgemeinen Darstellungen, z. B. der Schulpolitik

währten Konflikt mit den Studentenschaften etwas genauer nachzuzeichnen, der zeitgenössisch Beckers Ruf als Liberaler unterstrich, aber zugleich das Dilemma des Liberalismus in der Krise der Demokratie deutlich offenbarte. Es war zudem gerade diese Entscheidung, die letztlich auch zu Beckers Entlassung beitrug und rückblickend den eher skeptischen Blick der Sozialdemokraten und Liberalen auf Becker begründete.

Teil der Universitätsreform Weimars war die Anerkennung der Studentenschaften als selbständige Korporationen. Mit der preußischen Studentenverordnung vom 18. September 1920 wurden die organisierten Studentenschaften erstmals an der akademischen Selbstverwaltung beteiligt. Indes war bereits seit dem Würzburger Studententag 1922 absehbar, dass die organisierten Studenten das Prinzip ablehnten, wonach nur, aber eben auch alle deutschen Staatsangehörigen als Mitglieder zugelassen wurden. Denn dem „Zeitgeist der Jugend“ entsprach es, auch Auslandsdeutsche aufzunehmen, deutsche Juden aber auszuschließen. Becker ließ diesen eigentlich verfassungs- und statutenwidrigen Zustand im Vertrauen auf eine organische Entwicklung bestehen. Im Frühjahr 1926 forderte eine parlamentarische Mehrheit unter Führung der SPD den Kultusminister jedoch auf, diese Situation zu beenden und das Staatsangehörigkeitsprinzip durchzusetzen, sprich: die Aufnahme jüdischer Studenten zu erzwingen. Becker zögerte fast ein Jahr mit seiner Reaktion. Am Heiligen Abend des Jahres 1926 sandte er den preußischen Studentenschaften unter dem Druck der Parteien der Weimarer Koalition im Preußischen Landtag – also auch der DDP – einen Brief, in dem er sie vor die Wahl stellte, „alle auslandsdeutschen Studentenschaften und nicht nur wie bisher die arischen in die Koalition eintreten“ zu lassen, oder aber „nur noch mit reichsdeutschen Studentenschaften“ zu koalieren. Den nun ausbrechenden Konflikt mit den organisierten Studenten hoffte er zu befrieden, indem er den Studentenschaften die staatliche Anerkennung entzog, aber für den Fall wieder in Aussicht stellte, dass sie die an der Reichsverfassung orientierten Statuten freiwillig in einer Urabstimmung annähmen. Die Abstimmung wurde indes zu einem Desaster für Becker wie für die gesamte Republik: Im November 1927 lehnten alle preußischen Studenten-

---

der Weimarer Republik, suchen, oder es werden ihm (teilweise bereits zeitgenössisch) Entscheidungen zugeschrieben, die er nur begleitete oder sogar nur übernahm. Deutlich wird das z. B. in der Festschrift für Becker anlässlich seines 50. Geburtstags. Rekuriert wird darin auf Beckers Denkschrift von 1917 „über Förderung der Auslandsstudien“, die ihn auf dem Feld der Auslandskunde als Impulsgeber ausweisen. Aber welche der Institute und welche ihrer Richtungsentscheidungen nun wirklich auf den Kulturpolitiker oder gar den Kultusminister Becker konkret zurückgehen, wird nicht deutlich. Das ließe sich nur durch eine detaillierte intensive Untersuchung kenntlich machen.

schaften bis auf eine (eine katholische Studentenschaft) die Statuten des Kultusministers ab. Sie blieben als Freie Studentenschaften bestehen, erhielten aber keine staatliche Unterstützung mehr.<sup>66</sup>

Wenn es nach Becker gegangen wäre, hätte er den politischen Schwebezustand von 1927 belassen; unter dem Druck öffentlicher Kritik wie persönlicher Überzeugung entschloss er sich schließlich doch, das Prinzip der Staatsangehörigkeit auch für die staatlich unterstützten Studentenschaften in Kraft treten zu lassen. Das war im Sinne der Republik, auch im Sinne aufgeklärter Emanzipation. Liberal gedacht war auch der Ansatz, die Studenten selbst über ihre Statuten entscheiden zu lassen. Zudem wurden sie nach der Ablehnung der Beckerschen Verordnung nicht aufgelöst, sondern konnten weiterbestehen und waren nun erst recht frei, ihre antisemitischen Grundsätze zu leben. Aus Sicht der Mehrheit der Studentenschaften brachte der gewählte Weg Becker dennoch in Widerspruch zu seiner werbenden Verständigungsrhetorik und seinem Enthusiasmus für die Volksgemeinschaft einschließlich der Auslandsdeutschen, wie er sie in seinen frühen Texten von 1919 verewigt hatte.<sup>67</sup> Sein langes Zuwarten über die Jahre 1926/27 aber hatte – das wurde 1930 bei seinem Rücktritt sichtbar – bei den Koalitionsparteien DDP und SPD das Misstrauen gegen die übergroße Liberalität des Parteilosen geweckt und den Verdacht konservativer Neigungen<sup>68</sup> des Fachministers gestärkt. 1930 ließ sich der sozialdemokratische Druck, das Bildungsministerium in die Hände eines Parteiministers zu legen, schließlich

---

66 Vgl. Lambrecht: Exkurs (wie Anm. 29) sowie ders: Studenten in Sachsen 1918–1945. Studien zur studentischen Selbstverwaltung, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie zum politischen Verhalten der sächsischen Studentenschaft in Republik und Diktatur. Leipzig 2011, S. 290–296, das Zitat aus Beckers „Weihnachtsbrief“ ebd., S. 294 f. Zu Becker und den Studentenschaften vgl. auch Müller: Weltpolitische Bildung (wie Anm. 15), S. 315–324.

67 Vgl. zur Beurteilung Beckers im Umgang mit den Studentenschaften auch Bonriot: *Homme de culture* (wie Anm. 16), S. 432 f.

68 Becker war zu keiner Zeit verdächtig, den Antisemitismus der Völkischen zu teilen; aber ihm wurde zumindest eine monarchische Nostalgie unterstellt. Vgl. dazu die Karikatur aus dem *Simplicissimus* aus dem Jahr 1929, abgedruckt in: Lambrecht: Exkurs (wie Anm. 29), S. 84: Hinter dem „Weißen Raben“ Becker hängt das Bild eines die Axt schwingenden Holzhauers. An wen mochte der Zeichner Thomas Theodor Heine dabei wohl gedacht haben, wenn nicht an den berühmtesten Holzschläger unter Beckers Zeitgenossen – den in Doorn exilierten Kaiser Wilhelm II.? Zu Beckers Offenheit für autoritäre Lösungen, aber seine ebenso klare Absage an den Nationalsozialismus vgl. Bonriot: *Homme de culture* (wie Anm. 16), S. 440–443.

nicht mehr abwehren. Becker musste zurücktreten. Sein Amt übernahm der Sozialdemokrat Adolf Grimme.<sup>69</sup>

## 5. Fazit

Dieser Beitrag kann nur andeuten, wohin Überlegungen zum Verhältnis von Bildung und Liberalismus in der Demokratie von Weimar gehen können. Becker in den größeren Kontext der Bildungsdebatte der Liberalen einzuordnen, konnte hier nicht geleistet werden. Auch die Reaktionen aus den anderen politischen Lagern kamen nur am Rande zur Sprache. Vielmehr ging es um eine Neuüberprüfung eingefahrener Zuschreibungen. Becker und seine Bildungspolitik waren von einem liberalen Geist der Mitte und des Ausgleichs getrieben. Seine vernunftrepublikanische Einstellung, sein Beharren auf der Verschiedenheit der Individuen, auch und gerade sein Kampf gegen die völkisch-antisemitische Einstellung der organisierten Studentenschaften, seine Bildungsoffensive jenseits der üblichen Adressaten (nämlich auch für Erwachsene jenseits des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums) machten ihn in einem Meer von klassen- oder rassenfixierten Kollektivist\*innen zu einer Insel der Liberalität. In dieser Begrifflichkeit sucht auch Erich Wende am Ende seine Becker-Biographie die Lösung für das Dilemma Becker: Er sprach von dessen „geistige(r) Liberalität“.<sup>70</sup> Damit knüpfte er an das Urteil derjenigen an, die gegen Ende der Weimarer Republik Becker nachtrauerten, obwohl sie als Parteipolitiker nicht mit ihm übereinstimmten. Spätestens bei Beckers Tod im Februar 1933, aber teilweise schon bei seinem Rücktritt als preußischer Kultusminister 1930, offenbarte sich

---

69 Zum Rücktritt Beckers vgl. die kompakte Darstellung bei Bonriot: *Homme de culture* (wie Anm. 16), S. 433–435. Sie präsentiert auch die Reaktionen auf Beckers Rücktritt. Vgl. ebd., S. 436–438.

70 Wende: C. H. Becker (wie Anm. 3), S. 329. Den „allgemeinen Liberalismus“ sieht Wende bezeichnenderweise in den Professoren lebendig, die sich der wissenschaftlichen Einzelforschung widmen und daher „notwendig Individualisten“ bleiben, „ohne Rücksicht auf die neue Zeit“. Vgl. ebd., S. 100 f. In einem zeitgenössischen Nachruf von 1933 wurde Becker als „freier und bedeutender Geist Deutschlands“ bezeichnet. Vgl. Robert Ulich: *Ehrung des Verstorbenen*. In: Schaefer: *Gedenkbuch* (wie Anm. 17), S. 13–17, hier S. 13. Beckers Nachfolger im Ministeramt Adolf Grimme sprach posthum vom „Botschafter des deutschen Geistes“. Vgl. Adolf Grimme: *Der Botschafter des deutschen Geistes*. In: ebd., S. 63–71. Ähnlich auch der DDP-Unterrichtsminister von Baden Willy Hellpach: *Der Minister des Geistes*. In: *Vossische Zeitung*, 19.2.1933, Morgenausgabe, S. 1 f.

Becker – im Vergleich zu seiner sich radikalisierenden Umwelt – als „Siegelbewahrer des Humanen“<sup>71</sup> und „Typus des Liberalismus“<sup>72</sup>.

Teil des politischen Liberalismus war Becker aber nie, genauso wenig, wie er in der Nachfolge Humboldts nach den Grenzen des Staates fragte. Auch die Idee, die Studentenschaften vom Staat finanzieren zu lassen, sprach eher für ein ständisch-korporatives Denken denn für eine Vorstellung von freien Vereinigungen. Der verlorene Krieg verführte ihn vielmehr, an eine nationale Volksgemeinschaft zu glauben und das Individuum auf das Opfer im Dienst der Gemeinschaft zu verpflichten: In Beckers Wahrnehmung existierte eine eklatante Spannung zwischen „aristokratischem Ich und demokratischer Masse“, die es genauso auszuhalten galt, wie sie durch den „Dienst an der Gemeinschaft entspannt“ werden sollte.<sup>73</sup> Sein Vokabular kann als strategisches Integrationsangebot nach links und rechts gedeutet werden. Methodisch entsprang es seiner analytisch gewonnenen Forderung nach Synthese widerstreitender Erscheinungen in Wissenschaft und Gesellschaft; genau diese Liberalität machte ihn aber auch anfällig für rechte wie linke Gemeinschaftsangebote<sup>74</sup>, die letztlich weder ihn, noch Deutschland retten konnten.

---

71 Solautet der Titel eines Beitrags über den frisch zurückgetretenen Kultusminister Becker aus der Feder seines persönlichen Referenten, des Sozialdemokraten Adolf Reichwein. Vgl. Reichwein: C. H. Becker (wie Anm. 31). Da Reichwein 1944 durch die Nationalsozialisten ermordet wurde, fiel sein Licht nach 1945 auch auf die Wahrnehmung des 1933 gestorbenen Beckers.

72 Vgl. den Nachruf auf Becker von Ulich: Ehrung des Verstorbenen (wie Anm. 70). Ulich stellte Becker in eine Reihe mit den verstorbenen Liberalen Friedrich Naumann, Max Weber, Ernst Troeltsch und Walther Rathenau und nannte ihn den „beste(n) Typus des Liberalismus“. Vgl. ebd., S. 13 und S. 15. Auch Ulich gehörte zu den Opfern des Nationalsozialismus, doch gelang ihm rechtzeitig die Flucht in die USA.

73 Wende: Der Kulturpolitiker (wie Anm. 57), S. 22.

74 Vgl. die Kritik an Becker aus Sicht des Parteiliberalen Hellpach, er hätte „beinahe wie Leibniz von sich sagen dürfen, daß er fast alles billige, was er lese“. Hellpach: Der Minister des Geistes (wie Anm. 70), S. 2. Eine Untersuchung zur Kritik des süddeutschen DDP-Mannes Hellpach an Becker fehlt; das gilt auch für die Kritik Helmuth Plessners an Becker, die genauer untersucht werden müsste. Vgl. bisher Tim Zumhof: „Erziehung zur praktischen Politik“, Helmuth Plessners Vorschlag zu einer Schule für politisches Denken, Staatskunst und Diplomatie im Kontext seiner frühen Schriften der 1920er und -30er Jahre. In: Braune/Elsbach/Noak: Bildung und Demokratie (wie Anm. 12), S. 149–164, bes. S. 154.